Europäisches Parlament
2024-2029

Petitionsausschuss

2024/2056(INI)

10.10.2024

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 116

Entwurf eines Berichts
Alex Agius Saliba
(PE763.122v01-00)

Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten – Jahresbericht 2023
(2024/2056(INI))

Änderungsantrag 1
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass sich die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union gemäß Artikel 298 Absatz 1 AEUV „zur Ausübung ihrer Aufgaben […] auf eine offene, effiziente und unabhängige europäische Verwaltung“ stützen;

Or. en

Änderungsantrag 2
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2023 398 Untersuchungen einleitete – davon 393 auf Grundlage von Beschwerden und 5 aus eigener Initiative – und 372 Untersuchungen abschloss (369 Untersuchungen auf der Grundlage von Beschwerden und 3 Untersuchungen aus eigener Initiative);	F. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte im Jahr 2023 398 Untersuchungen einleitete – davon 393 auf Grundlage von Beschwerden und 5 aus eigener Initiative – und 372 Untersuchungen abschloss (369 Untersuchungen auf der Grundlage von Beschwerden und 3 Untersuchungen aus eigener Initiative); ***in der Erwägung, dass sie folglich ihre intensive und wirksame Tätigkeit fortgesetzt hat, was durch die neue Verordnung 2021/1163 des Europäischen Parlaments vom 24. Juni 2021 zur Festlegung der Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Ausübung der Aufgaben des Bürgerbeauftragten (Statut des Europäischen Bürgerbeauftragten) und zur Aufhebung des Beschlusses 94/262/EGKS, EG, Euratom erleichtert***

wurde;

Or. en

Änderungsantrag 3
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Erwägung I

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
I. in der Erwägung, dass bei den von der Bürgerbeauftragten im Jahr 2023 abgeschlossenen Untersuchungen in ***26,6 % der Fälle*** kein Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde, ***55,4 % der Fälle*** von der betreffenden Einrichtung beigelegt ***wurden, in 12,4 % der Fälle*** keine weiteren Untersuchungen gerechtfertigt waren und in ***7,3 % der Fälle*** ein Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde;	I. in der Erwägung, dass bei den von der Bürgerbeauftragten im Jahr 2023 abgeschlossenen Untersuchungen in ***99 Fällen (26,6 %)*** kein Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde, ***in 206 Fällen (55,4 %)*** von der betreffenden Einrichtung ***der Fall teilweise oder vollständig gelöst oder*** beigelegt ***wurde, in 46 Fällen (12,4 %)*** keine weiteren Untersuchungen gerechtfertigt waren und in ***27 Fällen (7,3 %)*** ein Missstand in der Verwaltungstätigkeit festgestellt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 4
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Erwägung K a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ka. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte bei der Bearbeitung von Beschwerden über den Zugang zu Dokumenten die Erfahrung gemacht hat, dass es in Fällen von erheblichem öffentlichem Interesse häufig zu langen Verzögerungen kam, was dazu führte, dass die erhaltenen Informationen für die Antragsteller nicht mehr von Nutzen waren und die Bürger daran gehindert

wurden, zum entscheidenden Zeitpunkt bei der Entscheidungsfindung ihr Mitspracherecht wahrzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 5
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Erwägung L

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
L. in der Erwägung, dass die EU-Bürger weitreichende Rechte auf Zugang zu Dokumenten haben, die sich im Besitz der EU-Verwaltung befinden; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung aus eigener Initiative eingeleitet hat, in der sie die Kommission aufforderte, sich dringend mit systematischen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zu befassen, um sicherzustellen, dass sie die in der Rechtsvorschrift der EU über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten (Verordnung (EG) Nr. 1049/2001[2]) festgelegten Fristen einhält; in der Erwägung, dass diese Untersuchung ergab, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlich festgelegten Fristen nicht einhält, wenn sie aufgefordert wird, einen Beschluss über den Zugang zu Dokumenten zu überprüfen;	L. in der Erwägung, dass die EU-Bürger weitreichende Rechte auf Zugang zu Dokumenten haben, die sich im Besitz der EU-Verwaltung befinden; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung aus eigener Initiative eingeleitet hat, in der sie die Kommission aufforderte, sich dringend mit systematischen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang zu Dokumenten zu befassen, um sicherzustellen, dass sie die in der Rechtsvorschrift der EU über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten (Verordnung (EG) Nr. 1049/2001[2]) festgelegten Fristen einhält; in der Erwägung, dass diese Untersuchung ergab, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlich festgelegten Fristen nicht einhält, wenn sie aufgefordert wird, einen Beschluss über den Zugang zu Dokumenten zu überprüfen***, wobei die meisten Antworten erst nach 60 Tagen eingehen***;

[2] Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.

[2] Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission, ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.

Or. en

Änderungsantrag 6
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2023 im Anschluss an ihre strategische Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, einen Sonderbericht veröffentlichte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte diesen Bericht dem Europäischen Parlament mit der Bitte um Unterstützung vorgelegt hat, um die Kommission dazu zu bewegen, ihren Empfehlungen nachzukommen, da sie der Ansicht ist, dass die Bürger von einer offenen, modernen und dienstleistungsorientierten EU-Verwaltung bessere Verfahren erwarten dürfen;	M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2023 im Anschluss an ihre strategische Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, einen Sonderbericht veröffentlichte; in der Erwägung, dass die ***Untersuchung der Bürgerbeauftragten ergeben hat, dass die Kommission in 85 % der Fälle die gesetzlich festgelegten Fristen überschreitet, wenn Einzelpersonen eine Überprüfung einer Zugangsentscheidung, einen so genannten Zweitantrag, beantragen; in der Erwägung, dass die*** Bürgerbeauftragte diesen Bericht dem Europäischen Parlament mit der Bitte um Unterstützung vorgelegt hat, um die Kommission dazu zu bewegen, ihren Empfehlungen nachzukommen, da sie der Ansicht ist, dass die Bürger von einer offenen, modernen und dienstleistungsorientierten EU-Verwaltung bessere Verfahren erwarten dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 7
Peter Agius

Entschließungsantrag
Erwägung M

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2023 im Anschluss an ihre strategische Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, einen Sonderbericht veröffentlichte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte diesen Bericht dem Europäischen Parlament ***mit der Bitte um*** Unterstützung ***vorgelegt hat, um*** die Kommission dazu zu bewegen, ihren Empfehlungen nachzukommen, da sie der Ansicht ist, dass die Bürger von einer offenen, modernen und dienstleistungsorientierten EU-Verwaltung bessere Verfahren erwarten dürfen;	M. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2023 im Anschluss an ihre strategische Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, einen Sonderbericht veröffentlichte; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte diesen Bericht dem Europäischen Parlament ***vorgelegt hat, um seine*** Unterstützung ***dafür zu erhalten,*** die Kommission dazu zu bewegen, ihren Empfehlungen nachzukommen, da sie der Ansicht ist, dass die Bürger von einer offenen, modernen und dienstleistungsorientierten EU-Verwaltung bessere Verfahren erwarten dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 8
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ma. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte 2023 das anfängliche Versäumnis der Kommission kritisiert hat, spezifische E-Mails in den Umfang eines Antrags auf Zugang zum Austausch über Entwürfe von EU-Strategien für Boden, Wälder und Anpassung an den Klimawandel aufzunehmen; in der Erwägung, dass die Kommission während der Untersuchung der Bürgerbeauftragten zugestimmt hat, die betreffenden E-Mails zu erfassen und zu prüfen, ob sie freigegeben werden können; in der Erwägung, dass diese Praxis nicht willkürlich angewandt werden sollte und die Kommission diesen Ansatz konsequent auf alle Fälle

anwenden sollte, auch mit Blick auf die Verhandlungen über den Erwerb von COVID-19-Impfstoffen;

Or. en

Änderungsantrag 9
Kosma Złotowski, Ivaylo Valchev, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Erwägung M a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ma. in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte nach dem Katargate-Skandal erhebliche Fortschritte bei der Stärkung der Ethikvorschriften im Europäischen Parlament anerkannt hat, jedoch Bedenken hinsichtlich ihrer Umsetzung und Durchsetzung geäußert hat; in der Erwägung, dass die Bürgerbeauftragte eine gesonderte Untersuchung zu den Reisekosten eingeleitet hat, die der Kommission seit 2021 von Dritten gezahlt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 10
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung N

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
N. in der Erwägung, dass der Sonderbericht im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Parlaments erörtert wurde und zu einer Entschließung des Europäischen Parlaments mit dem Titel „Die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu	N. in der Erwägung, dass der Sonderbericht im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Parlaments erörtert wurde und zu einer Entschließung des Europäischen Parlaments mit dem Titel „Die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu

Dokumenten benötigt“[3]führte, in der das Parlament seine große Besorgnis über die extremen Verzögerungen beim Vorgehen der Kommission zur Gewährung des Zugangs der Öffentlichkeit zu angeforderten Dokumenten zum Ausdruck brachte und die Kommission aufforderte, diese systematischen und erheblichen Verzögerungen zu beheben;	Dokumenten benötigt“[3] führte, in der das Parlament seine große Besorgnis über die extremen Verzögerungen beim Vorgehen der Kommission zur Gewährung des Zugangs der Öffentlichkeit zu angeforderten Dokumenten zum Ausdruck brachte und die Kommission aufforderte, diese systematischen und erheblichen Verzögerungen zu beheben***, und die Kommission ferner aufforderte, endlich und unverzüglich die Textnachrichten zu veröffentlichen, die die Präsidentin der Kommission und der Geschäftsführer des Pharmaunternehmens Pfizer während der Verhandlungen über die Beschaffung von 1,8 Milliarden Dosen Impfstoff gegen COVID-19 ausgetauscht haben, und die unverzügliche und vollständige Veröffentlichung aller Verträge über den Erwerb von COVID-19-Impfstoffen, die vollständig oder teilweise mit öffentlichen Mitteln finanziert wurden, forderte***;
[3] Angenommene Texte, P9_TA(2024)0172.	[3] Angenommene Texte, P9_TA(2024)0172.

Or. en

Änderungsantrag 11
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Erwägung N a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Na. in der Erwägung, dass das Parlament am 14. März 2024 die Entschließung mit dem Titel „Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt“ angenommen hat, in der betont wird, dass das Parlament in Erwägung ziehen wird, alle verfügbaren parlamentarischen Instrumente zu nutzen, wenn die

Kommission die systematischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten bis zur Einrichtung des neuen Kollegiums der Kommissionsmitglieder nicht behebt;

Or. en

Änderungsantrag 12
Peter Agius

Entschließungsantrag
Erwägung P

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
P. in der Erwägung, dass Transparenz ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und ein wichtiges Instrument zur Korruptionsbekämpfung ist; in der Erwägung, dass die EU-Bürger das Recht auf ***ein Höchstmaß an*** Transparenz haben und dass die ***weitestgehende*** Zugänglichkeit öffentlicher Dokumente von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es gilt, die Rechenschaftspflicht sicherzustellen;	P. in der Erwägung, dass Transparenz ein wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft und ein wichtiges Instrument zur Korruptionsbekämpfung ist; in der Erwägung, dass die EU-Bürger das Recht auf Transparenz haben und dass die Zugänglichkeit öffentlicher Dokumente von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es gilt, die Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 13
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Erwägung P a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Pa. in der Erwägung, dass die Untersuchung der Bürgerbeauftragten im Fall OI/3/2023/MHZ in Bezug auf die Rolle von Frontex bei Such- und Rettungseinsätzen gezeigt hat, dass

schwerwiegende Mängel bestehen, darunter das Versäumnis, sicherzustellen, dass die Grundrechtebeobachter von Frontex ausreichend in die Entscheidungsfindung bei Seenotfällen einbezogen werden, sowie das Fehlen interner Leitlinien von Frontex für die Aussendung von Notfallsignalen; in der Erwägung, dass diese Untersuchung von der Bürgerbeauftragten nach der Tragödie von Adriana im Juni 2023 eingeleitet wurde, bei der mehr als 600 Menschen vor der Küste Griechenlands ertranken;

Or. en

Änderungsantrag 14
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Erwägung Q a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Qa. in der Erwägung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte Empfehlungen, Abhilfemaßnahmen und Verbesserungsempfehlungen vorschlagen kann, um verschiedene Aspekte von Missständen in der Verwaltungstätigkeit zu beheben;

Or. en

Änderungsantrag 15
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. beglückwünscht Emily O'Reilly zu ihrer Entschlossenheit, umfassendere

	strategische Untersuchungen und Initiativen einzuleiten und so systemische Fehlfunktionen innerhalb der EU-Organe in Bezug auf den Zugang zu Dokumenten, den Schutz der Grundrechte, ethische Fragen, die Rechenschaftspflicht bei der Entscheidungsfindung und Personalfragen zu offenbaren;

Or. en

Änderungsantrag 16
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt, dass die Bürgerbeauftragte einen Leitfaden für den Zugang zu EU-Dokumenten veröffentlicht hat, der darauf ausgerichtet ist, die Bürger für ihr Recht auf Zugang zu Dokumenten zu sensibilisieren und es ihnen zu ermöglichen, die Entscheidungsfindung in der EU zu verfolgen;	4. begrüßt, dass die Bürgerbeauftragte einen Leitfaden für den Zugang zu EU-Dokumenten veröffentlicht hat, der darauf ausgerichtet ist, die Bürger für ihr Recht auf Zugang zu Dokumenten zu sensibilisieren und es ihnen zu ermöglichen, die Entscheidungsfindung in der EU zu verfolgen; ***ist der Ansicht, dass es von wesentlicher Bedeutung ist, den Bürgern weiterhin geeignete Informationen über den Zweck und den Umfang der Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten und ihren Einfluss auf die Entwicklung der EU-Organe zur Verfügung zu stellen;***

Or. en

Änderungsantrag 17
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. fordert alle anderen EU-Organe auf, den Leitfaden der Bürgerbeauftragten für den Zugang zu EU-Dokumenten bekanntzumachen, um die Bürger für ihr Recht auf Zugang zu Dokumenten zu sensibilisieren und die Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen der EU zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 18
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. bedauert, dass es keinerlei Initiativen zur Unterstützung zyprischer Bürger wie Titina Loizidou gibt, die von der türkischen Besatzungsarmee aus dem besetzten Gebiet der Republik Zypern ausgewiesen wurden und wiederholt vor Gericht Recht bekommen haben;

Or. el

Änderungsantrag 19
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Empfehlungen im Anschluss an die Initiativuntersuchung der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von	5. begrüßt die Empfehlungen im Anschluss an die Initiativuntersuchung der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von

Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, wonach die Kommission aufgefordert wird, ihre systemischen Verzögerungen dringend zu beseitigen und die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorgesehenen Fristen einzuhalten; ist besorgt über die Ergebnisse der Untersuchung, wonach die systematischen und erheblichen Verzögerungen, die bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission auftreten, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen;

Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, wonach die Kommission aufgefordert wird, ihre systemischen Verzögerungen dringend zu beseitigen und die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorgesehenen Fristen einzuhalten; ist besorgt über die Ergebnisse der Untersuchung, wonach die systematischen und erheblichen Verzögerungen, die bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission auftreten, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; ***bedauert, dass besonders wichtige Verträge, die von der Präsidentin der Kommission ohne Transparenz und unter Verstoß gegen sämtliche EU-Vorschriften zur Vergabe öffentlicher Aufträge mit der Pharmaindustrie geschlossen wurden, immer noch nicht veröffentlicht wurden;***

Or. fr

Änderungsantrag 20
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Empfehlungen im Anschluss an die Initiativuntersuchung der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, wonach die Kommission aufgefordert wird, ihre systemischen Verzögerungen dringend zu beseitigen und die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und	5. begrüßt die Empfehlungen im Anschluss an die Initiativuntersuchung der Bürgerbeauftragten betreffend die Zeit, die die Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, wonach die Kommission aufgefordert wird, ihre ***Vorgehensweise bei der Bearbeitung solcher Anträge grundlegend zu überdenken, ihre*** systemischen Verzögerungen dringend zu beseitigen und die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001

der Kommission vorgesehenen Fristen einzuhalten; ist besorgt über die Ergebnisse der Untersuchung, wonach die systematischen und erheblichen Verzögerungen, die bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission auftreten, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen;	über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vorgesehenen Fristen einzuhalten; ist ***zutiefst*** besorgt über die Ergebnisse der Untersuchung, wonach die systematischen und erheblichen Verzögerungen, die bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission auftreten, einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 21
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. unterstützt die von der Bürgerbeauftragten geäußerte Auffassung, dass „ein verzögerter Zugang ein verweigerter Zugang“ ist, da angeforderte Dokumente und Informationen häufig zeitsensibel sind und im Falle von Verzögerungen für die Antragsteller an Relevanz verlieren können; ist der Ansicht, dass die Kommission proaktiv Dokumente und Statistiken darüber veröffentlichen muss, wie sie Anträge auf Zugang zu Dokumenten bearbeitet, einschließlich klarer Daten über die Einhaltung der im EU-Recht festgelegten Fristen, da solche Informationen von entscheidender Bedeutung sind, um die Transparenz in dieser Angelegenheit zu verbessern und die Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber den Bürgern zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 22
Kosma Złotowski, Ivaylo Valchev, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass im Bereich Umweltschutz und Klimawandel die Transparenz der Entscheidungsfindung, insbesondere in Bezug auf Lobbyarbeit, im Mittelpunkt vieler Untersuchungen der Bürgerbeauftragten stand;

Or. en

Änderungsantrag 23
Fidias Panayiotou, Maria Zacharia, Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die ***drei wichtigsten*** EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;	6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die ***Definition des Begriffs „EU-Dokument“ unter Berücksichtigung neu aufkommender Kommunikationsmittel wie Text- und Sofortnachrichten zu aktualisieren, diese Verordnung an den neuen digitalen Kontext anzupassen und diese drei wichtigen*** EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen; ***fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang und auf der Grundlage ihrer erworbenen Sachkenntnis auf, zu beraten und Leitlinien für bewährte Verfahren vorzuschlagen, sodass der Zugang der Bürger zu öffentlichen Dokumenten in einer sich rasch wandelnden digitalen***

Gesellschaft gewahrt bleibt;

Or. en

Änderungsantrag 24
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert den Rat ***nachdrücklich*** auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die drei wichtigsten EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;	6. fordert den Rat auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die drei wichtigsten EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen; ***betont, dass Transparenz der Organe zwar wesentlich für ihre Beziehungen zu den Bürgern ist, aber deren politische Verhandlungen nicht beeinträchtigen darf, die durch die Forderung nach übermäßiger Transparenz erschwert werden könnten, was somit zu wesentlich mehr informellen Treffen führen und das Gegenteil des gewünschten Effekts zur Folge haben könnte;***

Or. fr

Änderungsantrag 25
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr.	6. ***betont, dass der Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten ein Grundrecht der EU-Bürger und ein Eckpfeiler der europäischen Demokratie***

1049/2001 aufzunehmen, um die ***drei wichtigsten EU-Organe zu Vorbildern für*** Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht ***für die gesamte*** EU zu ***machen***;

ist; weist darauf hin, dass es die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen seit der Annahme der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 erfordern, eine Konsolidierung der Rechte der Bürger auf Zugang zu Dokumenten in Erwägung zu ziehen; fordert die Kommission auf, einen Vorschlag für eine Überarbeitung zu prüfen, und fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die Transparenz und ***die*** öffentliche Rechenschaftspflicht ***in der*** EU zu ***verbessern***;

Or. en

Änderungsantrag 26
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über ***die*** Überarbeitung ***der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001*** aufzunehmen, um ***die drei wichtigsten*** EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;	6. fordert den Rat nachdrücklich auf, ***anzuerkennen, dass die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 überarbeitet werden muss, und unverzüglich*** konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über ***diese*** Überarbeitung aufzunehmen, um ***diese drei wichtigen*** EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 27
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag

Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die drei wichtigsten EU-Organe zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;	6. fordert den Rat nachdrücklich auf, konstruktive Verhandlungen mit dem Parlament und der Kommission über die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufzunehmen, um die drei wichtigsten EU-Organe***, einschließlich deren Präsidenten,*** zu Vorbildern für Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht für die gesamte EU zu machen;

Or. fr

Änderungsantrag 28
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. ist der festen Überzeugung, dass jedwede Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 dazu führen muss, dass der Zugang von Bürgern und Einwohnern der EU zu Dokumenten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union verbessert wird; ist fest davon überzeugt, dass der Ausgangspunkt für künftige Verhandlungen auf dem vom Parlament bereits angenommenen Standpunkt beruhen muss, und besteht darauf, dass der geänderte Text als absolutes Minimum die folgenden Punkte aufnehmen muss: Ausweitung des Anwendungsbereichs der Verordnung auf alle Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU; Verbesserung der Transparenz der Gesetzgebung, einschließlich des Zugangs zu Rechtsgutachten bei Gesetzgebungsverfahren, wobei jede Inanspruchnahme von Ausnahmen eine

Ausnahme vom allgemeinen Transparenzgrundsatz darstellen sollte; Aufnahme des Übereinkommens von Aarhus; Sicherstellung der Transparenz und des angemessenen Zugangs zu Dokumenten im Zusammenhang mit internationalen Verhandlungen und Übereinkünften; Berücksichtigung, dass sich die Definition des Begriffs „Dokument“ auch ausdrücklich auf Textnachrichten, Sofortnachrichten und E-Mails bezieht, die mit beruflichen Tätigkeiten in Zusammenhang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 29
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4]an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt***, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen***; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt***, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an,***	7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4] an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt ***und dass eine proaktivere Transparenz und ein konstruktiverer Ansatz gegenüber den Antragstellern erforderlich sind; fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen, indem sie ihre Handhabung des Zugangs der Öffentlichkeit zu Dokumenten reformiert***; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und

dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;

eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;

---

[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

Or. en

Änderungsantrag 30
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4]an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese ***systemischen und erheblichen*** Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die	7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4] an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung

Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; ***erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom*** neuen ***Kollegium*** der Kommissionsmitglieder ***ein klares und eindeutiges Bekenntnis,*** Abhilfe zu schaffen;	(EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; ***erwartet eine klare und unmissverständliche Zusage des*** neuen ***Kollegiums*** der Kommissionsmitglieder***, hier*** Abhilfe zu schaffen;
[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).	[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

Or. en

Änderungsantrag 31
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4]an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen	7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4] an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von

Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;	Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte dem Beschwerdeführer empfehlen kann, sich an eine andere Stelle oder an den Petitionsausschuss zu wenden, wenn eine Beschwerde nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fällt***; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;
[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).	[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

Or. en

Änderungsantrag 32
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4] an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, ***vorrangig Abhilfe zu schaffen*** und ihre ***Vorgehensweise bei*** der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;

7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten***[1]*** an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt***; erinnert die Kommission daran, dass seit dem Sonderbericht der Bürgerbeauftragten, in dem der Kommission empfohlen wurde, hier vorrangig Abhilfe zu schaffen, bereits ein Jahr vergangen ist***, und fordert die Kommission auf, ***diese Situation vorrangig zu beheben*** und ihre ***Praxis*** der Bearbeitung von Zweitanträgen ***dringend*** zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen; ***[1] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).***

---

[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen

Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

Or. en

Änderungsantrag 33
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4]an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ein	7. unterstützt die Schlussfolgerungen des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten[4] an das Europäische Parlament betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt, und ist besorgt über die Einschätzung der Bürgerbeauftragten, dass diese systemischen und erheblichen Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten durch die Kommission einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit darstellen; betont, wie wichtig es ist, dass die Kommission mehr Ressourcen für die Bearbeitung von Zweitanträgen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 bereitstellt, und fordert die Kommission auf, vorrangig Abhilfe zu schaffen und ihre Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Zweitanträgen zu verbessern; erkennt an, dass die Anträge auf Zugang zu Dokumenten von allen Organen rechtzeitig bearbeitet werden müssen; erinnert die Kommission an das Recht des Parlaments, sie wegen Verletzung der Verträge vor dem Gerichtshof der Europäischen Union zu verklagen, und erwartet vom neuen Kollegium der Kommissionsmitglieder ***sowie der Präsidentin der Kommission*** ein

klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;

[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

klares und eindeutiges Bekenntnis, Abhilfe zu schaffen;

[4] Sonderbericht der Europäischen Bürgerbeauftragten zu ihrer strategischen Untersuchung betreffend die Zeit, die die Europäische Kommission für die Bearbeitung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten benötigt (OI/2/2022/OAM).

Or. fr

Änderungsantrag 34
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. erinnert an die Beschwerde der Bürgerbeauftragten über Missstände in der Verwaltungstätigkeit im Zusammenhang mit der Weigerung der Kommission im Jahr 2002, uneingeschränkten Zugang zu Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, und dem Geschäftsführer des Pharmariesen Pfizer, Albert Bourla, in Bezug auf Verträge über den COVID-19-Impfstoff zu gewähren;

Or. el

Änderungsantrag 35
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

	7a. schließt sich der Bewertung des Sonderberichts der Bürgerbeauftragten an, in dem betont wird, dass sich die Bearbeitung von Anträgen weiterhin verzögern wird, sofern und solange die Kommission nicht auf höchster Ebene in der Praxis unter Beweis stellt, dass Transparenz die Regel und eine Priorität für das Organ ist;

Or. en

Änderungsantrag 36
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. ***nimmt*** die Untersuchung der Bürgerbeauftragten ***zur Kenntnis***, in deren Rahmen geprüft wurde, inwieweit das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission bei Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten das EU-Recht und die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union anwenden, und in der die Bürgerbeauftragte betont hat, dass die Beteiligung der EU-Bürger am Rechtsetzungsprozess der Union erleichtert werden muss;	8. ***würdigt*** die Untersuchung der Bürgerbeauftragten, in deren Rahmen geprüft wurde, inwieweit das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission bei Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten das EU-Recht und die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union anwenden, und in der die Bürgerbeauftragte betont hat, dass ***der rechtzeitige Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten sichergestellt und*** die Beteiligung der EU-Bürger am Rechtsetzungsprozess der Union erleichtert werden muss; ***betont, dass die Bürgerbeauftragte mit Besorgnis festgestellt hat, dass frühere Untersuchungen im Zusammenhang mit einem unzureichenden und verzögerten Zugang der Öffentlichkeit darauf hindeuten, dass diese Organe dem EU-Recht und der damit zusammenhängenden Rechtsprechung nicht in vollem Umfang nachgekommen sind; bedauert, dass die EU-Organe die Offenlegung legislativer Dokumente verweigern und in einigen Fällen nur***

allgemeine oder sogar dieselben Argumente vorbringen, die zuvor von den Unionsgerichten zurückgewiesen wurden; weist darauf hin, dass die EU-Organe nach der Rechtsprechung der EU die Offenlegung legislativer Dokumente nur unter außergewöhnlichen Umständen verweigern können und dass ihre Begründung hierfür auf spezifischen und konkreten Tatsachen beruhen muss;

Or. en

Änderungsantrag 37
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. nimmt die Untersuchung der Bürgerbeauftragten zur Kenntnis, in deren Rahmen geprüft wurde, inwieweit das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission bei Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten das EU-Recht und die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union anwenden, und in der die Bürgerbeauftragte betont hat, dass die Beteiligung der EU-Bürger am Rechtsetzungsprozess der Union erleichtert werden muss;	8. nimmt die Untersuchung der Bürgerbeauftragten zur Kenntnis, in deren Rahmen geprüft wurde, inwieweit das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Kommission bei Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu legislativen Dokumenten das EU-Recht und die Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union anwenden, und in der die Bürgerbeauftragte betont hat, dass die Beteiligung der EU-Bürger am Rechtsetzungsprozess der Union erleichtert werden muss; ***erkennt an, wie wichtig es ist, dass alle Organe Anträge auf Zugang zu Dokumenten rechtzeitig bearbeiten, um das Vertrauen in die europäische Rechtsetzung zu fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 38
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag

Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. weist darauf hin, dass Öffentlichkeit und Transparenz die wichtigsten Grundsätze des EU-Gesetzgebungsverfahrens sind, wie durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs bestätigt wurde, der klare rechtliche Leitlinien dafür vorgab, wie ihre vollständige und konsequente Einhaltung sichergestellt werden sollte; erinnert daran, dass der Gerichtshof auch festgestellt hat, dass der Mangel an Transparenz und Information das Vertrauen der Bürger in die Legitimität des EU-Gesetzgebungsverfahrens insgesamt schwächt;

Or. en

Änderungsantrag 39
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei der Weigerung der Kommission, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; ***fordert*** die Kommission ***auf, dem überwiegenden öffentlichen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es bei der Prüfung der Möglichkeit der Offenlegung von Dokumenten über Emissionen in die Umwelt stärker zu berücksichtigen***;	9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei der Weigerung der Kommission, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; ***bedauert, dass*** die Kommission ***den Lösungsvorschlag der Bürgerbeauftragten abgelehnt und an dem in ihrer bestätigenden Entscheidung vertretenen Standpunkt festgehalten hat, wodurch versäumt wurde, die erforderliche Transparenz sicherzustellen und der Århus-Verordnung der EU und***

dem Übereinkommen von Aarhus volle Wirksamkeit zu verleihen; fordert die Kommission auf, einen vollständigen Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie die Beteiligung der Öffentlichkeit an Entscheidungen, auch im Zusammenhang mit der Umwelt, sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 40
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei der Weigerung der Kommission, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; fordert die Kommission auf, dem überwiegenden öffentlichen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es bei der Prüfung der Möglichkeit der Offenlegung von Dokumenten über Emissionen in die Umwelt stärker zu berücksichtigen;	9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei der Weigerung der Kommission, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; fordert die ***Bürgerbeauftragte auf, das Bewusstsein für die Ergebnisse von Untersuchungen zu Handelsverhandlungen zwischen der EU und Drittländern weiter zu schärfen, was zu einer Erhöhung der Transparenz von EU-Handelsabkommen führen könnte; fordert die*** Kommission auf, dem überwiegenden öffentlichen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es bei der Prüfung der Möglichkeit der Offenlegung von Dokumenten über Emissionen in die Umwelt stärker zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei ***der Weigerung der Kommission***, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; fordert die Kommission auf, dem überwiegenden öffentlichen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es bei der Prüfung der Möglichkeit der Offenlegung von Dokumenten über Emissionen in die Umwelt stärker zu berücksichtigen;	9. ist besonders besorgt über die Feststellung der Bürgerbeauftragten, dass es sich bei ***dem Umstand, dass sich die Kommission wie im Hinblick auf sämtliche seit 2020 mit der Pharmaindustrie abgeschlossenen Verträge weigert***, Zugang zu Dokumenten über die Treibhausgasemissionen der Keramikindustrie zu gewähren, die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldet wurden, um einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit handelt; fordert die Kommission auf, dem überwiegenden öffentlichen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen und es bei der Prüfung der Möglichkeit der Offenlegung von Dokumenten über Emissionen in die Umwelt stärker zu berücksichtigen;

Or. fr

Änderungsantrag 42
Fidias Panayiotou, Maria Zacharia, Ana Miranda Paz

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. ist zutiefst besorgt darüber, dass sich die Weigerung der Kommission, Zugang zu Dokumenten über die im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems gemeldeten Treibhausgasemissionen zu gewähren, auch andere Industrieanlagen als die Keramikindustrie betrifft, und fordert die Kommission auf, den uneingeschränkten

Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 43
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. bedauert, dass es keine Initiativen gibt, um den Bürgern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die Beschwerden über den brutalen Missbrauch der natürlichen Umwelt durch Windkraft- und Solarenergieunternehmen einreichen, ohne dass sich für die lokalen Gemeinschaften etwas Wesentliches ändert;

Or. el

Änderungsantrag 44
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 9 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9b. bedauert, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, um das europäische Wettbewerbsrecht auf den Energie-, Lebensmittel-, Verkehrs- und Telekommunikationsmärkten, die vollständig von monopolistischen Praktiken beherrscht werden, zu fördern;

Or. el

Änderungsantrag 45
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 9 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9c. bedauert, dass keine Maßnahmen ergriffen werden, um den griechischen Bürgern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die entgegen den Bestimmungen des Vertrags von Lausanne wiederholt aus Istanbul, Imvros und Tenedos ausgewiesen wurden;

Or. el

Änderungsantrag 46
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***unterstützt die Absicht der Bürgerbeauftragten, eine umfassendere Untersuchung darüber durchzuführen, wie der Umfang von Umweltinformationen und Informationen im Zusammenhang mit Emissionen in die Umwelt von der Kommission ausgelegt wird;*** lobt die Bürgerbeauftragte dafür, dass sie die Verpflichtung der EU, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sicherzustellen, betont hat;	10. lobt die Bürgerbeauftragte dafür, dass sie die Verpflichtung der EU, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sicherzustellen, betont hat;

Or. en

Änderungsantrag 47
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. unterstützt die Absicht der Bürgerbeauftragten, eine umfassendere Untersuchung darüber durchzuführen, wie der Umfang von Umweltinformationen und Informationen im Zusammenhang mit Emissionen in die Umwelt von der Kommission ausgelegt wird; ***lobt die Bürgerbeauftragte dafür, dass sie die Verpflichtung der EU***, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sicherzustellen***, betont hat***;	10. unterstützt die Absicht der Bürgerbeauftragten, eine umfassendere Untersuchung darüber durchzuführen, wie der Umfang von Umweltinformationen und Informationen im Zusammenhang mit Emissionen in die Umwelt von der Kommission ausgelegt wird; ***weist darauf hin, dass zahlreiche Petitionen an das Europäische Parlament den fehlenden oder eingeschränkten Zugang zu Umweltinformationen betreffen; hebt hervor, dass die EU dazu verpflichtet ist***, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 48
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. unterstützt die Absicht der Bürgerbeauftragten, eine umfassendere Untersuchung darüber durchzuführen, wie der Umfang von Umweltinformationen und Informationen im Zusammenhang mit Emissionen in die Umwelt von der Kommission ausgelegt wird; lobt die Bürgerbeauftragte dafür, dass sie ***die Verpflichtung der EU***, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an umweltrelevanten Entscheidungsprozessen	10. unterstützt die Absicht der Bürgerbeauftragten, eine umfassendere Untersuchung darüber durchzuführen, wie der Umfang von Umweltinformationen und Informationen im Zusammenhang mit Emissionen in die Umwelt von der Kommission ausgelegt wird; lobt die Bürgerbeauftragte dafür, dass sie ***betont hat, dass die EU und insbesondere die Kommission dazu verpflichtet sind***, ein hohes Maß an Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen sowie an Beteiligung der Öffentlichkeit an

sicherzustellen***, betont hat***;	umweltrelevanten Entscheidungsprozessen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 49
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert den Rat auf, der Öffentlichkeit uneingeschränkten Zugang zu dem Rechtsgutachten zu dem Vorschlag für eine EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union zu gewähren, wie es von der Bürgerbeauftragten empfohlen wurde, die in dieser Angelegenheit Missstände in der Verwaltungstätigkeit festgestellt hat;

Or. el

Änderungsantrag 50
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert die Bürgerbeauftragte auf, eine umfassendere Untersuchung zum Zugang zu Dokumenten im Zusammenhang mit den Industrieanlagen, die in den Anwendungsbereich des EU-Emissionshandelssystems fallen, und zu möglichen Verzerrungen des europäischen CO_2-Marktes aufgrund des fehlenden Zugangs zu Dokumenten durchzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 51
Kosma Złotowski, Ivaylo Valchev, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und hebt hervor, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen***;	11. ***bedauert, dass die Frage, was ein EU-Dokument ist, auch im Jahr 2023 noch ein Thema war; begrüßt, die Untersuchung aus eigener Initiative der Bürgerbeauftragten bezüglich des Versäumnisses der Kommission, E-Mails im Rahmen eines Antrags auf Zugang zum Austausch über Entwürfe von EU-Strategien für Boden, Wälder und Anpassung an den Klimawandel freizugeben; erinnert daran, dass arbeitsbezogene Text- und Sofortnachrichten gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 „Dokumente“ sind, und betont, dass die Einhaltung dieses Grundsatzes von besonderer Bedeutung ist***;

Or. en

Änderungsantrag 52
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und hebt hervor, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten	11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und hebt hervor, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten

nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen;

nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen; ***weist mit großer Besorgnis darauf hin, dass sich die Kommission im Jahr 2021 nach einem Antrag auf Zugang der Öffentlichkeit zu Textnachrichten zwischen der Kommissionspräsidentin und dem Vorstandsvorsitzenden eines Pharmaunternehmens über den Kauf von COVID-19-Impfstoffen durch die Kommission geweigert hat, anzuerkennen, dass diese Textnachrichten unter die Begriffsbestimmung eines „Dokuments“ gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 fallen; weist darauf hin, dass die Kommission solche Textnachrichten zwar registrieren und suchen müsste, jedoch immer noch entscheiden könnte, der Öffentlichkeit keinen vollständigen Zugang dazu zu gewähren, wenn die in der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 aufgeführten Ausnahmen, wie z. B. geschäftliche Interessen, zutreffen; weist erneut darauf hin, dass die Registrierung eines Dokuments eine Folge des Vorhandenseins eines Dokuments ist und keine Voraussetzung für dessen Existenz; nimmt die Feststellung der Bürgerbeauftragten über einen Missstand in der Verwaltungstätigkeit der Kommission in dieser Sache zur Kenntnis; ist besorgt darüber, dass die Kommission der Empfehlung der Bürgerbeauftragten im Anschluss an ihre Untersuchung, erneut nach einschlägigen Textnachrichten zu suchen, nicht nachgekommen ist; fordert die Kommission auf, unverzüglich eine vollständige Suche durchzuführen; bringt seine tiefe Besorgnis über die wachsende Distanz zwischen den Bürgern und den Organen der Union zum Ausdruck, die durch diese Situation verursacht wurde;***

Or. en

Änderungsantrag 53
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***beglückwünscht*** die Bürgerbeauftragte ***zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten***, was ein EU-Dokument ist, und ***hebt hervor***, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen;	11. ***unterstützt*** die Bürgerbeauftragte ***in ihrer Klarstellung***, was ein EU-Dokument ist, und ***betont***, dass es von grundlegender Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen***, da Bürger und juristische Personen mit Wohnsitz in der EU gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ein Recht auf Zugang zu allen Dokumenten fast aller EU-Organe haben; betont, dass dieses Recht nur einer sehr begrenzten Zahl von Ausnahmen unterliegt und für schriftliche physische und elektronische Dokumente sowie für Audio- und audiovisuelle Aufzeichnungen im Zusammenhang mit politischen Strategien, Tätigkeiten und Entscheidungen der Organe gilt***;

Or. en

Änderungsantrag 54
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und ***hebt hervor, dass es von grundlegender***	11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und ***fordert die neue Kommission auf, dem***

Bedeutung ist, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel ***anzupassen***;	***Europäischen Parlament und dem Rat dringend einen überarbeiteten Vorschlag für die Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 vorzulegen, mit dem die Definition von EU-Dokumenten unter Berücksichtigung sich weiterentwickelnder*** Kommunikationsmittel ***wie Text- und Sofortnachrichten aktualisiert wird***;

Or. en

Änderungsantrag 55
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und hebt hervor, dass ***es von grundlegender Bedeutung ist, dass*** die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen;	11. beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihren Bemühungen, einen weiteren Beitrag zur Klärung dessen zu leisten, was ein EU-Dokument ist, und hebt hervor, dass die EU-Organe den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten nachkommen ***sollten***, um ihre Verwaltungspraxis an die sich weiterentwickelnden Kommunikationsmittel anzupassen;

Or. en

Änderungsantrag 56
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung	***entfällt***

von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;

Or. el

Änderungsantrag 57
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei ***den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen*** Maßnahmen ***in diesem Bereich***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei ***migrationsbezogenen*** Maßnahmen; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;

Or. en

Änderungsantrag 58
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements ***durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;

Or. en

Änderungsantrag 59
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; ***stellt fest***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; ***begrüßt***, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren

Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt***, und dabei Bedenken hinsichtlich des Fehlens einer vorherigen Folgenabschätzung in Bezug auf die Menschenrechte, insbesondere im Zusammenhang mit der Säule „Migration und Mobilität“ der Absichtserklärung und den im Rahmen dieser Säule vorgesehenen Maßnahmen, äußerte***;

Or. en

Änderungsantrag 60
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***begrüßt*** das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	12. ***nimmt*** das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich ***zur Kenntnis; weist darauf hin, dass Frontex vor großen Herausforderungen steht, die eine Aufstockung der Kapazitäten und des Budgets dieser Agentur erfordern, damit sie bestmöglich arbeiten kann***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;

Or. fr

Änderungsantrag 61

Kosma Złotowski, Ivaylo Valchev, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt; ***weist in diesem Zusammenhang auf die rechtlichen Beschränkungen des Frontex-Mandats hin, das nicht die Koordinierung von Rettungseinsätzen umfasst und für das die nationalen Koordinierungszentren für Rettungsmaßnahmen zuständig sind;***

Or. en

Änderungsantrag 62
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich;	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich;

stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt; ***betont, dass alle Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU verpflichtet sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten gemäß den Verträgen und der Charta der Grundrechte zu achten;***

Or. en

Änderungsantrag 63
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement ***der Bürgerbeauftragten*** für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements ***durch die Einleitung von*** Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ***ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;	12. begrüßt das Engagement***, das die Bürgerbeauftragte*** für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements ***gezeigt hat, indem sie*** Untersuchungen zu den ***Maßnahmen eingeleitet hat, die*** von Frontex und der Kommission ***ergriffen wurden, nachdem am 14. Juni 2023 vor der griechischen Küste mehr als 500 Menschen ertrunken sind***; stellt fest, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission um weitere Klarstellungen dazu ersucht hat, wie sie die Achtung der Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien garantieren will, um sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt;

Or. el

Änderungsantrag 64
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; ***stellt fest, dass*** die Bürgerbeauftragte die Kommission um ***weitere Klarstellungen dazu ersucht hat***, wie sie die Achtung der ***Menschenrechte im Rahmen der Absichtserklärung zwischen der EU und Tunesien*** garantieren will, um ***sicherzustellen, dass die EU ihren Menschenrechtsverpflichtungen nachkommt***;	12. begrüßt das Engagement der Bürgerbeauftragten für die Wahrung der Grundrechte bei den Tätigkeiten der EU-Organe im Bereich des Grenzmanagements durch die Einleitung von Untersuchungen zu den von Frontex und der Kommission ergriffenen Maßnahmen in diesem Bereich; ***fordert*** die Bürgerbeauftragte ***auf,*** die Kommission um ***Klarstellung zu ersuchen***, wie sie die Achtung der ***Rechte von EU-Staaten zur besseren Kontrolle ihrer Grenzen*** garantieren will, um ***unkontrollierte Migrationsströme zu bekämpfen, deren Ausmaß die Identität, die Sicherheit und den Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten und ihrer Bürger beeinträchtigt***;

Or. fr

Änderungsantrag 65
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. ist der festen Überzeugung, dass Frontex bei all ihren Tätigkeiten, einschließlich ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an Such- und Rettungseinsätzen (SAR), die Grundrechte uneingeschränkt achten muss; betont, dass Frontex die vollständige und kohärente Anwendung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen sowie des

Internationalen Übereinkommens über den Such- und Rettungsdienst auf See (SAR-Übereinkommen) und des Internationalen Übereinkommens zum Schutz des menschlichen Lebens auf See sicherstellen muss; weist darauf hin, dass im spezifischen Kontext ihrer Überwachungstätigkeiten die Zuständigkeiten von Frontex mit Blick auf die Reaktion auf Seenotfälle auch im EU-Recht festgelegt sind und dass die Mitgliedstaaten nach dem geltenden allgemeinen Rechtsrahmen verpflichtet sind, jedem Schiff oder jeder Person in Seenot Hilfe zu leisten, wobei sicherzustellen ist, dass ihre Behörden dieser Verpflichtung im Einklang mit dem Völkerrecht und der Achtung der Grundrechte nachkommen, unabhängig von der Staatsangehörigkeit oder dem Status der Personen; weist darauf hin, dass diese Verpflichtung auch für Frontex gilt, wenn diese im Rahmen gemeinsamer Aktionen technische und operative Unterstützung leistet;

Or. en

Änderungsantrag 66
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, auch die Menschenrechte und die Interessen der lokalen europäischen Bürger zu berücksichtigen; stellt fest, dass die lokale Bevölkerung auf den griechischen, spanischen, italienischen und sonstigen Inseln mit Aufnahmeeinrichtungen aufgrund der Massenmigration schwere Schäden im Hinblick auf Sicherheit,

Gesundheit und Wirtschaft erleidet; weist darauf hin, dass es auch zu den Aufgaben der Bürgerbeauftragten gehört, die Interessen und Menschenrechte der europäischen Bürger zu schützen;

Or. fr

Änderungsantrag 67
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten, mit denen sichergestellt werden soll, dass die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) ihren Grundrechtsverpflichtungen in Bezug auf Such- und Rettungseinsätze im Zusammenhang mit ihren Seeraumüberwachungsmaßnahmen nachkommt; fordert den Rat der Europäischen Union und die Kommission auf, mit dem Parlament zwecks Einrichtung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses zusammenzuarbeiten, um die Gründe für die große Zahl von Todesfällen im Mittelmeer zu ermitteln und die notwendigen Änderungen vorzunehmen, damit verhindert wird, dass es erneut zu tragischen Verlusten von Menschenleben kommt;

Or. en

Änderungsantrag 68
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten*** aus eigener Initiative ***durchgeführte*** Untersuchung der Frage, wie die Kommission ***die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt***, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in ***solchen Einrichtungen*** in Griechenland zu erstellen;	13. ***beglückwünscht die Bürgerbeauftragte zu ihrer*** aus eigener Initiative ***durchgeführten*** Untersuchung der Frage, wie die Kommission ***sicherstellt, dass die Griechenland für das Grenzmanagement zugewiesenen EU-Mittel nicht zu Grundrechtsverletzungen beitragen; begrüßt die Entscheidung der Kommission***, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in ***Migrationsmanagementeinrichtungen*** in Griechenland zu erstellen;

Or. el

Änderungsantrag 69
Fredis Beleris

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte ***Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden*** eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in ***solchen Einrichtungen in Griechenland*** zu erstellen;	13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, ***mit den nationalen und lokalen Behörden zusammenzuarbeiten, um*** im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte ***einschlägige Untersuchung*** eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in ***Migrationsmanagementeinrichtungen*** zu erstellen;

Or. en

Änderungsantrag 70
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen ***in Griechenland*** sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen ***in Griechenland*** zu erstellen;	13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen ***und nationalen*** Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen zu erstellen;

Or. en

Änderungsantrag 71
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen;	13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte ***und der Rechtsstaatlichkeit*** in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen; ***betont, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit eine Voraussetzung für den Zugang zu EU-Mitteln ist; ist der Ansicht, dass diese Anforderung zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und das unerschütterliche Bekenntnis der***

Europäischen Union zu ihren Werten dazu beitragen, das Vertrauen der Bürger in die Union zu stärken und das ausdrückliche Streben der EU zur Gewährleistung der Qualität der Demokratie in ihrem gesamten Hoheitsgebiet zu bestätigen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen;	13. begrüßt die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen; ***weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte die Kommission auffordert, eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen, um die Gründe für die hohe Zahl von Todesfällen im Mittelmeer zu ermitteln und Lehren aus dem Schiffsbruch der Adriana zu ziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 73
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag

Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen;	13. ***nimmt*** die Entscheidung der Kommission ***zur Kenntnis***, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen; ***betont, dass die lokale Bevölkerung ebenfalls Rechte hat;***

Or. fr

Änderungsantrag 74
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Entscheidung der Kommission, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen;	13. ***nimmt*** die Entscheidung der Kommission ***zur Kenntnis***, im Anschluss an eine von der Bürgerbeauftragten aus eigener Initiative durchgeführte Untersuchung der Frage, wie die Kommission die Achtung der Grundrechte in EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen in Griechenland sicherstellt, gemeinsam mit den lokalen Behörden eine Folgenabschätzung in Bezug auf die Grundrechte in solchen Einrichtungen in Griechenland zu erstellen;

Or. fr

Änderungsantrag 75
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. unterstützt die Vorschläge der Bürgerbeauftragten an den Europäischen Auswärtigen Dienst, eine Bewertung der Menschenrechtsrisiken durchzuführen, bevor er Drittländern Unterstützung zukommen lässt;

Or. el

Änderungsantrag 76
Fidias Panayiotou, Maria Zacharia

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert die Kommission auf, die Bewertung der Auswirkungen von EU-finanzierten Migrationsmanagementeinrichtungen auf die Grundrechte auf andere Mitgliedstaaten wie Spanien, Italien, Zypern und Malta auszuweiten;

Or. en

Änderungsantrag 77
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. bedauert, dass die Kommission keine öffentliche Konsultation zum

	Dreijahresbericht über die Unionsbürgerschaft 2023 gemäß Artikel 25 AEUV eingeleitet hat; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass alle EU-Bürger ihre Rechte wirksam ausüben können, und klare Leitlinien für künftige Berichte auszuarbeiten, einschließlich Konsultationen zu jedem Dreijahresbericht über die Unionsbürgerschaft und zu nachfolgenden Legislativvorschlägen;

Or. en

Änderungsantrag 78
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; ***fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;***	14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; ***fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf,*** direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit ***zu*** widmen***; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen***;	14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; ***betont, dass das Parlament*** direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, ***stets*** besondere Aufmerksamkeit widmen ***muss***;

Or. en

Änderungsantrag 80
Kosma Złotowski, Ivaylo Valchev, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt	14. ***begrüßt die Tätigkeiten der Bürgerbeauftragten nach dem Katargate-Skandal im Europäischen Parlament;*** unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der

werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;

Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen; ***betont, dass die Ethikregeln streng eingehalten werden müssen, um das Vertrauen der Bürger in die europäischen Organe wiederherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 81
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht	14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen***, und zwar beginnend mit deren Präsidenten***; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko

werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;

potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;

Or. fr

Änderungsantrag 82
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;	14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament ***und in der Kommission***, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 83
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; ***fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, Verbesserungen des*** derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz ***vorzuschlagen***;	14. unterstützt nachdrücklich die Schlussfolgerungen der Bürgerbeauftragten, wonach die Ethik- und Antikorruptionsvorschriften der EU von den EU-Organen eingehalten und gestärkt werden müssen, und dass die vom Parlament in diesem Bereich umgesetzten Reformen ordnungsgemäß überwacht und durchgesetzt werden müssen; fordert die Bürgerbeauftragte nachdrücklich auf, direkten und indirekten Lobbytätigkeiten im Parlament, mit denen das Risiko potenzieller Interessenkonflikte erhöht werden könnte, besondere Aufmerksamkeit zu widmen; ***begrüßt die großen Fortschritte beim*** derzeitigen Verhaltenskodex für die Mitglieder des Europäischen Parlaments in Bezug auf Integrität und Transparenz;

Or. fr

Änderungsantrag 84
Jana Toom, Michał Kobosko

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass Transparenz, eine gute Verwaltung und die institutionelle Kontrolle und Gegenkontrolle im Rahmen der Arbeit der Organe der EU von wesentlicher Bedeutung sind;	15. betont, dass Transparenz, eine gute Verwaltung und die institutionelle Kontrolle und Gegenkontrolle im Rahmen der Arbeit der Organe der EU von wesentlicher Bedeutung sind; ***begrüßt die Annahme einer Vereinbarung über die Einrichtung eines interinstitutionellen Ethikgremiums, bedauert jedoch, dass die Verhandlungen zwischen den unterzeichnenden Organen nicht zu***

einem ambitionierteren Rahmen geführt haben, der die Einrichtung eines echten, unabhängigen Ethikgremiums ermöglichen würde; fordert alle unterzeichnenden Organe nachdrücklich auf, bei der Umsetzung ihrer jeweiligen ethischen Anforderungen und Standards über den Rahmen hinauszugehen;

Or. en

Änderungsantrag 85
Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. begrüßt die Absicht der Bürgerbeauftragten, nach dem Katar-Skandal eine Untersuchung einzuleiten, um die von Dritten seit 2021 bezahlten Reisekosten zu bewerten und festzustellen, ob die Kommission geeignete Maßnahmen ergriffen hat, um potenzielle Interessenkonflikte in diesen Fällen zu mindern;

Or. el

Änderungsantrag 86
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Verwendung von Unionsmitteln und des Haushalts der Union strenger zu überwachen und sicherzustellen, dass die Interessen der EU nicht durch Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit, Verstöße

gegen die Grundsätze und Werte der EU, Korruption oder Interessenkonflikte untergraben werden;

Or. en

Änderungsantrag 87
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Bürgerbeauftragte auf, zu Beginn jeder Wahlperiode potenzielle Interessenkonflikte in Bezug auf die Geschäftsbereiche benannter Kommissionsmitglieder zu untersuchen;

Or. en

Änderungsantrag 88
Nadine Morano

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds***; hält es für problematisch, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen, die sie bei Projekten im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds konsultiert, und fordert die Kommission auf, darüber nachzudenken, wie die Transparenz und die öffentliche Kontrolle in diesem sensiblen Politikbereich erhöht werden können***;	16. ***nimmt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds***, zur Kenntnis***;

Or. fr

Änderungsantrag 89
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***begrüßt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds***; hält es für problematisch, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen, die sie bei Projekten im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds konsultiert, und fordert die Kommission auf, darüber nachzudenken, wie die Transparenz und die öffentliche Kontrolle in diesem sensiblen Politikbereich erhöht werden können***;	16. ***nimmt*** die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds ***zur Kenntnis***;

Or. en

Änderungsantrag 90
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds; hält es für problematisch, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen, die sie bei Projekten im Rahmen des	16. begrüßt die Untersuchungen der Bürgerbeauftragten in Bezug auf das Risiko von Interessenkonflikten in der Kommission, insbesondere im Bereich des Europäischen Verteidigungsfonds; hält es für problematisch, dass die Kommission nicht verpflichtet ist, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen, die sie bei Projekten im Rahmen des

Europäischen Verteidigungsfonds konsultiert***, und*** fordert die Kommission auf, ***darüber nachzudenken, wie*** die Transparenz und die öffentliche Kontrolle in diesem sensiblen Politikbereich ***erhöht werden können***;

Europäischen Verteidigungsfonds konsultiert***;*** fordert die Kommission ***nachdrücklich*** auf, die Transparenz und die öffentliche Kontrolle in diesem sensiblen Politikbereich ***zu erhöhen; fordert die Organe der EU auf, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Unparteilichkeit der Verwaltungsorgane bei der Einbeziehung von Sachverständigen aufrechtzuerhalten und zu stärken***;

Or. en

Änderungsantrag 91
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. begrüßt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, die Interessenerklärungen der Mitglieder des Ausschusses für Regulierungskontrolle, einem Gremium, das bei der Ausarbeitung der Legislativvorschläge der Kommission eine wesentliche Rolle spielt, proaktiv zu veröffentlichen und erforderlichenfalls die einschlägigen Vorschriften für den Ausschuss zu ändern;

Or. en

Änderungsantrag 92
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***unterstützt*** die Forderung der	17. ***nimmt*** die Forderung der

Bürgerbeauftragten an die Europäische Investitionsbank (EIB), nach dem Wechsel ihres Vizepräsidenten zum Direktor einer nationalen Förderbank ihre Regeln für den Umgang mit Interessenkonflikten zu verbessern und die Aufsichtsfunktion ihres Ethik- und Compliance-Ausschusses zu stärken; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, sich weiterhin auf Fragen in Bezug auf Karenzzeiten und Drehtüreffekte bei leitenden Mitarbeitern aus allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu konzentrieren, um die höchsten ethischen Standards in Bezug auf Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht sicherzustellen;	Bürgerbeauftragten an die Europäische Investitionsbank (EIB) ***zur Kenntnis***, nach dem Wechsel ihres Vizepräsidenten zum Direktor einer nationalen Förderbank ihre Regeln für den Umgang mit Interessenkonflikten zu verbessern und die Aufsichtsfunktion ihres Ethik- und Compliance-Ausschusses zu stärken; fordert die Bürgerbeauftragte in diesem Zusammenhang auf, sich weiterhin auf Fragen in Bezug auf Karenzzeiten und Drehtüreffekte bei leitenden Mitarbeitern aus allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU zu konzentrieren, um die höchsten ethischen Standards in Bezug auf Transparenz und öffentliche Rechenschaftspflicht sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 93
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. begrüßt die von der Kommission an ihren internen Leitlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgenommenen Änderungen, die im Rahmen der Untersuchung der Bürgerbeauftragten positiv bewertet wurden und zur Verbesserung des Umgangs der Kommission mit potenziellen Interessenkonflikten bei Ausschreibungen beitragen;	18. begrüßt die von der Kommission an ihren internen Leitlinien für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgenommenen Änderungen, die im Rahmen der Untersuchung der Bürgerbeauftragten positiv bewertet wurden und zur Verbesserung des Umgangs der Kommission mit potenziellen Interessenkonflikten bei Ausschreibungen beitragen; ***bedauert jedoch, dass noch immer keine ernsthafte Klarstellung zu den Bedingungen der Vergabe der öffentlichen Aufträge erfolgt ist, die seit 2020 für mehr als 70 Milliarden Euro mit der Pharmaindustrie abgeschlossen wurden und die sich finanziell langfristig auf die Finanzen der Union und ihrer***

Mitgliedstaaten auswirken werden;

Or. fr

Änderungsantrag 94
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen;	19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen; ***empfiehlt der Bürgerbeauftragten nachdrücklich, die Tätigkeiten der Europäischen Kommission im Zusammenhang mit dem Grenzschutz zu untersuchen; stellt fest, dass die Kommission, anstatt Kritik an den Mitgliedstaaten und Grenzschutzagenturen zu üben, vielmehr die Mitgliedstaaten unterstützen sollte, die ihre Grenzen verteidigen, und diesen nicht drohen oder sie durch den Entzug von Mitteln oder durch Geldbußen bestrafen sollte; stellt fest, dass im Rahmen der Tätigkeiten der Europäischen Bürgerbeauftragten die Interessen der europäischen Bürger berücksichtigt werden sollten;***

Or. fr

Änderungsantrag 95

Maria Zacharia, Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen;	19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen; ***betont, dass alle Mitgliedstaaten öffentliche Portale einrichten müssen, mit denen die Bürger über alle Empfänger von ARF-Mitteln informiert werden;***

Or. el

Änderungsantrag 96
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und ***unterstützt die Forderung der Bürgerbeauftragten an*** die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen;	19. fordert die Kommission auf, ihre Bemühungen um mehr Transparenz in Bezug auf die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) zu verstärken, und ***ersucht*** die Kommission, die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten im Zusammenhang mit der ARF zu verbessern und weiterhin vorläufige Beurteilungen der Zahlungsanträge der Mitgliedstaaten zu veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 97
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. hebt hervor, dass die EU im Rahmen von „Next Generation EU“ Investitionen in beispiellosem Umfang geplant hat, an denen sowohl der öffentliche als auch der private Sektor beteiligt sind, wodurch es noch wichtiger geworden ist, auf EU-Ebene über einen Entscheidungsprozess zu verfügen, der auf dem Grundsatz der vollständigen Transparenz beruht und strengsten ethischen Regeln folgt; fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Umsetzung der Vorschriften und Verfahren für die Zuweisung und Verwendung von EU-Mitteln im Rahmen von „Next Generation EU“ stärker zu überwachen, um die Integrität, vollständige Transparenz und demokratische Rechenschaftspflicht der EU-Organe sicherzustellen und dazu beizutragen, Interessenkonflikte, Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsfälle zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 98
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen,

um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten öffentliche Portale einrichten, die Daten zu den wichtigsten Empfängern von Finanzmitteln enthalten, und dass sie alle Begünstigten der Aufbau- und Resilienzfazilität auf diesen öffentlichen Portalen veröffentlichen;

Or. en

Änderungsantrag 99
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung aus eigener Initiative zu den Verzögerungen der Kommission beim Umgang mit Risiken im Zusammenhang mit gefährlichen Chemikalien einzuleiten, um Verzögerungen bei der Einführung von Beschränkungen zur Minderung der Risiken bestimmter Chemikalien sowie bei der Aufnahme von Chemikalien in das Verzeichnis der Stoffe, die zur Verwendung zugelassen werden müssen, zu untersuchen;	20. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Untersuchung aus eigener Initiative zu den Verzögerungen der Kommission beim Umgang mit Risiken im Zusammenhang mit gefährlichen Chemikalien einzuleiten, um Verzögerungen bei der Einführung von Beschränkungen zur Minderung der Risiken bestimmter Chemikalien sowie bei der Aufnahme von Chemikalien in das Verzeichnis der Stoffe, die zur Verwendung zugelassen werden müssen, zu untersuchen; ***betont, dass auch Bedenken hinsichtlich der mangelnden Transparenz der „Komitologieverfahren“ geäußert wurden, die die Kommission bei der Annahme von Durchführungsverordnungen und -beschlüssen durchführt, da diese Verfahren dazu führen, dass nur wenige Informationen öffentlich zugänglich gemacht werden, wodurch es für die Öffentlichkeit sehr schwierig ist, die Kommission und die Mitgliedstaaten für ihr Handeln zur Rechenschaft zu ziehen;***

Or. en

Änderungsantrag 100
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. begrüßt die Entscheidung der Bürgerbeauftragten, eine Initiativuntersuchung über die Praxis der Kommission einzuleiten, zu bestimmten Workshops über Pestizide nur Vertreter der Industrie einzuladen;

Or. en

Änderungsantrag 101
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ist besorgt darüber, dass die Bürgerbeauftragte mehrere transparenzbezogene Bedenken bei den Interaktionen der Kommission mit der Tabakindustrie ermittelt hat; nimmt jedoch die Zusage der Kommission zur Kenntnis, weiter zu prüfen, inwieweit ihre Dienststellen mit Lobbyismus seitens der Tabakindustrie konfrontiert sind; erinnert die Kommission daran, dass die EU und alle ihre Mitgliedstaaten das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums unterzeichnet haben und daher verpflichtet sind, bei der Festlegung und Umsetzung ihrer gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums sicherzustellen, dass diese Maßnahmen vor kommerziellen und sonstigen Eigeninteressen der Tabakindustrie	21. ist besorgt darüber, dass die Bürgerbeauftragte mehrere transparenzbezogene Bedenken bei den Interaktionen der Kommission mit der Tabakindustrie ermittelt hat***, wie dies auch im Hinblick auf die Pharmaindustrie noch immer der Fall ist***; nimmt jedoch die Zusage der Kommission zur Kenntnis, weiter zu prüfen, inwieweit ihre Dienststellen mit Lobbyismus seitens der Tabakindustrie konfrontiert sind; erinnert die Kommission daran, dass die EU und alle ihre Mitgliedstaaten das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakkonsums unterzeichnet haben und daher verpflichtet sind, bei der Festlegung und Umsetzung ihrer gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Tabakkonsums sicherzustellen, dass diese Maßnahmen vor

geschützt sind;	kommerziellen und sonstigen Eigeninteressen der Tabakindustrie geschützt sind;
	Or. fr

Änderungsantrag 102
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Bürgerbeauftragte auf, zu prüfen, inwieweit die Interaktionen der Kommission mit der Pharmaindustrie transparent sind;
	Or. en

Änderungsantrag 103
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Frage durchgeführt hat, wie das ***EPSO*** „Vorauswahltests“ als Teil eines Verfahrens zur Einstellung neuer Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der EU durchgeführt hat, und dabei Probleme im Zusammenhang mit der Organisation von Tests ermittelt hat, die ausschließlich online durchgeführt werden; fordert das EPSO auf, seine Einstellungsverfahren zu verbessern, indem es sicherstellt, dass bestimmte Bewerber aufgrund der technischen Voraussetzungen nicht benachteiligt werden, und den Bewerbern klare Informationen zur Verfügung zu	22. ***erinnert an die zwingende Verpflichtung der EU-Organe, die Dienste unabhängiger und gut qualifizierter Beamter sicherzustellen, die auf offene Weise und unter Berücksichtigung einer angemessenen geografischen Ausgewogenheit von Nationalität und Sprachen eingestellt werden;*** weist darauf hin, dass die Bürgerbeauftragte eine Untersuchung zu der Frage durchgeführt hat, wie das ***Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO)*** „Vorauswahltests“ als Teil eines Verfahrens zur Einstellung neuer Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der EU durchgeführt hat, und dabei Probleme im

stellen; ist der Ansicht, dass Bewerbern, die das wünschen, die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, diese Tests physisch in einem Testzentrum abzulegen, wie dies vor der COVID-19-Pandemie üblich war;

Zusammenhang mit der Organisation von Tests ermittelt hat, die ausschließlich online durchgeführt werden; fordert das EPSO auf, seine Einstellungsverfahren zu verbessern, indem es sicherstellt, dass bestimmte Bewerber aufgrund der technischen Voraussetzungen nicht benachteiligt werden, und den Bewerbern klare Informationen zur Verfügung zu stellen; ist der Ansicht, dass Bewerbern, die das wünschen, die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, diese Tests physisch in einem Testzentrum abzulegen, wie dies vor der COVID-19-Pandemie üblich war;

Or. en

Änderungsantrag 104
Emmanouil Fragkos, Galato Alexandraki

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. weist darauf hin, dass es nicht genügend Initiativen gibt, um den Skandal im Zusammenhang mit der Beschaffung von Impfstoffen weiter zu untersuchen, und dass die gebotene Transparenz nicht gegeben ist;

Or. el

Änderungsantrag 105
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert die Durchführung einer Eurobarometer-Umfrage über das

Bewusstsein der EU-Bürger für das Recht, Beschwerde beim Europäischen Bürgerbeauftragten einzureichen, damit Daten gesammelt werden, die die Einleitung einer soliden und zugänglichen Sensibilisierungskampagne ermöglichen; ist der Ansicht, dass regelmäßige EU-weite Erhebungen auf der Grundlage grenzüberschreitender Meinungsumfragen dazu beitragen, das Bewusstsein der EU-Organe für die Anliegen der Bürger zu schärfen;

Or. en

Änderungsantrag 106
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. betont, dass der „europäische Rechtsakt zur Barrierefreiheit“[1a] am 17. April 2019 angenommen wurde und dass die darin festgelegte Frist für seine Umsetzung durch die Mitgliedstaaten am 28. Juni 2022 endete; betont, dass der wichtigste Zweck des europäischen Rechtsakts zur Barrierefreiheit darin bestand, mindestens 87 Millionen Menschen mit Behinderungen das Leben zu erleichtern und ihnen unter anderem den Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Bankdienstleistungen, Computern, Fernsehen, E-Books und Online-Shops zu erleichtern; bedauert zutiefst, dass es bisher in keinem Mitgliedstaat gelungen ist, seine vollständige und kohärente Umsetzung sicherzustellen, und dass es immer noch Verzögerungen gibt, was durch die laufenden Vertragsverletzungsverfahren, die die Kommission gegen alle Mitgliedstaaten eingeleitet hat, bestätigt wird; fordert die Bürgerbeauftragte auf,

diesen sehr schwerwiegenden Verstoß gegen das EU-Recht, der die Rechte von Menschen mit Behinderungen erheblich einschränkt, im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen, die im EU-Rahmen für das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden, zur Sprache zu bringen, um zu seiner vorrangigen Lösung beizutragen;

---

*[1a] **Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen***

Or. en

Änderungsantrag 107
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. stellt fest, dass es zwar Fortschritte innerhalb der EU-Organe bei der Umsetzung von Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gibt, sich die Verwirklichung zahlreicher Ziele im Hinblick auf Barrierefreiheit aber immer noch verzögert und nicht hinreichend effizient ist; empfiehlt, dass der nächste Bürgerbeauftragte eingreift, um Maßnahmen zur Barrierefreiheit in den EU-Organen zu prüfen und deren Umsetzung zu beschleunigen sowie um zu prüfen, ob Menschen mit Behinderungen in den Organen anteilig vertreten sind;

Or. fr

Änderungsantrag 108
Virginie Joron, Pál Szekeres, Georg Mayer, Fabrice Leggeri, Mireia Borrás Pabón, Sebastian Kruis

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert die Europäische Bürgerbeauftragte auf, eine Untersuchung im Hinblick auf die Europäischen Schulen einzuleiten und zu prüfen, ob Kinder mit Behinderungen in diese Institution integriert werden könnten, sodass ihre Eltern unter Wahrung der Chancengleichheit für die Organe arbeiten können;

Or. fr

Änderungsantrag 109
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. hebt hervor, dass das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten und die jährlich mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten ausgerichteten Sitzungen wichtig sind, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür, was die Europäische Ombudsstelle für die europäischen Bürger tun kann, weiter zu schärfen; fordert die Bürgerbeauftragte auf, sich weiterhin am Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren mit den nationalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten zu beteiligen; nimmt	26. hebt hervor, dass das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten und die jährlich mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten ausgerichteten Sitzungen wichtig sind, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür, was die Europäische Ombudsstelle für die europäischen Bürger tun kann, weiter zu schärfen; fordert die Bürgerbeauftragte auf, sich weiterhin am Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren mit den nationalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten zu beteiligen; nimmt

zur Kenntnis, dass der Schwerpunkt der Jahreskonferenz 2023 des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten auf dem Schutz der Menschenrechte und der Erörterung der Vorteile und der möglichen Nachteile des Einsatzes von KI in öffentlichen Verwaltungen lag;

zur Kenntnis, dass der Schwerpunkt der Jahreskonferenz 2023 des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten auf dem Schutz der Menschenrechte und der Erörterung der Vorteile und der möglichen Nachteile des Einsatzes von KI in öffentlichen Verwaltungen lag; ***begrüßt, dass sich die Institution des Menschenrechtsbeauftragten von Bosnien und Herzegowina dem Europäischen Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten angeschlossen hat; fordert die Bürgerbeauftragte auf, die Zusammenarbeit mit den Büros der nationalen Bürgerbeauftragten der EU-Bewerberländer zu verstärken, um die Fähigkeit der Behörden dieser Länder zur Angleichung an die Standards der guten Verwaltungspraxis, Integrität und Rechenschaftspflicht der EU zu verbessern;***

Or. en

Änderungsantrag 110
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. hebt hervor, dass das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten und die jährlich mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten ausgerichteten Sitzungen wichtig sind, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür, was die Europäische Ombudsstelle für die europäischen Bürger tun kann, weiter zu schärfen; fordert die Bürgerbeauftragte auf, sich weiterhin am Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren mit den nationalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der	26. hebt hervor, dass das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten und die jährlich mit nationalen und regionalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der Bürgerbeauftragten ausgerichteten Sitzungen wichtig sind, um das Bewusstsein der Öffentlichkeit dafür, was die Europäische Ombudsstelle für die europäischen Bürger tun kann, weiter zu schärfen; fordert die Bürgerbeauftragte auf, sich weiterhin am Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren mit den nationalen Bürgerbeauftragten über das Europäische Verbindungsnetz der

Bürgerbeauftragten zu beteiligen; nimmt zur Kenntnis, dass der Schwerpunkt der Jahreskonferenz 2023 des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten auf dem Schutz der Menschenrechte und der Erörterung der Vorteile und der möglichen Nachteile des Einsatzes von KI in öffentlichen Verwaltungen lag;	Bürgerbeauftragten zu beteiligen; nimmt zur Kenntnis, dass der Schwerpunkt der Jahreskonferenz 2023 des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten auf dem Schutz der Menschenrechte und der Erörterung der Vorteile und der möglichen Nachteile des Einsatzes von KI in öffentlichen Verwaltungen lag; ***fordert die Organisationen der Zivilgesellschaft auf, die Dienste der Europäischen Bürgerbeauftragten für die Kontrolle der EU-Organe, für Transparenzgarantien und für die Bearbeitung von Fällen der Nichteinhaltung des Unionsrechts besser zu nutzen;***
	Or. en

Änderungsantrag 111
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. fordert die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen der Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments, die den gemeinsamen Auftrag haben, die EU-Organe den Bürgern näherzubringen; würdigt die Aufmerksamkeit, die die Bürgerbeauftragte allen Beschwerden widmet, sowie die Folgemaßnahmen, ***die sie ergreift, selbst wenn es sich um*** Beschwerden ***handelt***, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen***, wie etwa Beschwerden von Bürgern über spezifische Fragen im Zusammenhang mit den EU-Rechtsvorschriften, und unterstützt die Bürgerbeauftragte darin, diesen Beschwerdeführern zu empfehlen, sich an den Petitionsausschuss des Parlaments zu wenden***;	27. fordert die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen der Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments, die den gemeinsamen Auftrag haben, die EU-Organe den Bürgern näherzubringen; würdigt die Aufmerksamkeit, die die Bürgerbeauftragte allen Beschwerden widmet, sowie die Folgemaßnahmen, ***einschließlich der Befassung des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments mit*** Beschwerden, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen ***und die Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften betreffen***;

Or. en

Änderungsantrag 112
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. fordert die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen der Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments, die den gemeinsamen Auftrag haben, die EU-Organe den Bürgern näherzubringen; würdigt die Aufmerksamkeit, die die Bürgerbeauftragte allen Beschwerden widmet, sowie die Folgemaßnahmen, die sie ergreift, selbst wenn es sich um Beschwerden handelt, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, wie etwa Beschwerden von Bürgern über spezifische Fragen im Zusammenhang mit den EU-Rechtsvorschriften, und unterstützt die Bürgerbeauftragte darin, diesen Beschwerdeführern zu empfehlen, sich an den Petitionsausschuss des Parlaments zu wenden;	27. fordert die Fortsetzung der engen Zusammenarbeit zwischen der Bürgerbeauftragten und dem Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments, die den gemeinsamen Auftrag haben, die EU-Organe den Bürgern näherzubringen; würdigt die Aufmerksamkeit, die die Bürgerbeauftragte allen Beschwerden widmet, sowie die Folgemaßnahmen, die sie ergreift, selbst wenn es sich um Beschwerden handelt, die nicht in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, wie etwa Beschwerden von Bürgern über spezifische Fragen im Zusammenhang mit den EU-Rechtsvorschriften, und unterstützt die Bürgerbeauftragte darin, diesen Beschwerdeführern zu empfehlen, sich an den Petitionsausschuss des Parlaments zu wenden; ***fordert die Europäische Ombudsstelle auf, ihre diesbezüglichen Bemühungen fortzusetzen, da die Zusammenarbeit mit dem Petitionsausschuss, die rechtzeitige Unterrichtung und der Zugang zu Dokumenten in allen 24 Amtssprachen der EU die wirksame Beteiligung der Bürger und der Zivilgesellschaft am Entscheidungsprozess erhöhen können;***

Or. en

Änderungsantrag 113
Gordan Bosanac

Entschließungsantrag

Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. begrüßt, dass die Akzeptanzquote der EU-Organe, d. h. der Prozentsatz der positiven Antworten auf die Gesamtzahl der Vorschläge der Bürgerbeauftragten zur Korrektur oder Verbesserung ihrer Verwaltungspraxis, 81 % betrug, was eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr darstellt; ist jedoch der festen Überzeugung, dass die Organe, Agenturen und sonstigen Stellen der Union sämtlichen Lösungen, Empfehlungen und Anregungen der Bürgerbeauftragten vollständig und konsequent nachkommen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 114
Nikos Pappas

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. würdigt und begrüßt die Bemühungen der Bürgerbeauftragten und der Europäischen Ombudsstelle, ihre internen Verfahren kontinuierlich zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Beschwerdeführer optimale Bedingungen vorfinden und Beschwerden so effizient wie möglich bearbeitet werden; begrüßt die Verbesserungen des Online-Beschwerdesystems der Bürgerbeauftragten, durch die es benutzerfreundlicher gemacht wurde; begrüßt die mehrsprachige Website der Bürgerbeauftragten, die ihre Zusage widerspiegelt, Unterstützung in allen 24 Amtssprachen der EU anzubieten;	29. würdigt und begrüßt die Bemühungen der Bürgerbeauftragten und der Europäischen Ombudsstelle, ihre internen Verfahren kontinuierlich zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Beschwerdeführer optimale Bedingungen vorfinden und Beschwerden so effizient wie möglich bearbeitet werden; begrüßt die Verbesserungen des Online-Beschwerdesystems der Bürgerbeauftragten, durch die es benutzerfreundlicher gemacht wurde; begrüßt die mehrsprachige Website der Bürgerbeauftragten, die ihre Zusage widerspiegelt, Unterstützung in allen 24 Amtssprachen der EU anzubieten; ***betont, wie wichtig es ist, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkten***

Zugang zu allen Ressourcen zu gewährleisten, die die EU ihren Bürgern zur Verfügung stellt, insbesondere durch systematische Übersetzungs- und Dolmetschdienste, die für alle Amtssprachen, einschließlich der Gebärdensprache, angeboten werden;

Or. en

Änderungsantrag 115
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. würdigt und begrüßt die Bemühungen der Bürgerbeauftragten und der Europäischen Ombudsstelle, ihre internen Verfahren kontinuierlich zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Beschwerdeführer optimale Bedingungen vorfinden und Beschwerden so effizient wie möglich bearbeitet werden; begrüßt die Verbesserungen des Online-Beschwerdesystems der Bürgerbeauftragten, durch die es benutzerfreundlicher gemacht wurde; begrüßt die mehrsprachige Website der Bürgerbeauftragten, die ihre Zusage widerspiegelt, Unterstützung in allen 24 Amtssprachen der EU anzubieten;	29. würdigt und begrüßt die Bemühungen der Bürgerbeauftragten und der Europäischen Ombudsstelle, ihre internen Verfahren kontinuierlich zu verbessern, um sicherzustellen, dass die Beschwerdeführer optimale Bedingungen vorfinden und Beschwerden so effizient wie möglich bearbeitet werden; ***unterstützt die Bemühungen der Bürgerbeauftragten, die Sichtbarkeit ihrer Tätigkeiten weiter zu verbessern, und*** begrüßt die Verbesserungen des Online-Beschwerdesystems der Bürgerbeauftragten, durch die es benutzerfreundlicher gemacht wurde; begrüßt die mehrsprachige Website der Bürgerbeauftragten, die ihre Zusage widerspiegelt, Unterstützung in allen 24 Amtssprachen der EU anzubieten;

Or. en

Änderungsantrag 116
Fidias Panayiotou

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert die Kommission und den Rat auf, allen Anträgen auf Aufstockung der Haushaltsmittel in Bezug auf die Mittelzuweisung für die Europäische Ombudsstelle stattzugeben und dabei das zunehmend komplexe Entscheidungsumfeld der EU und die Rolle der Bürgerbeauftragten bei der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht und Transparenz der europäischen Verwaltung zu berücksichtigen;

Or. en